

Die "Welt" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt" und "Der Tag und die Nacht". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M., bei den Monats-Jahres, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 50.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Die zehngespaltene Kopierzeile oder deren Raum kostet 2.— M., einschließlich Insetzdruck. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.50 M., jedes weiterer Wort 1.75 M., einschließlich Insetzdruck. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Die Welt

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ende des Eisenbahnerstreiks

Der Beschluß der Funktionäre

Die gestrige Funktionärskonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Groß-Berlin, hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die heutige Funktionärversammlung beschließt, daß die Arbeit in den Betrieben bis Montag abend 10 Uhr restlos auszunehmen ist, in den Werkstätten bis spätestens Dienstag früh. Wir fordern unsere Kollegen auf, diesem Rufe geschlossen Folge zu leisten.“

Wiederaufnahme der Arbeit in Köln

Köln, 2. Januar.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist im Eisenbahndirektionsbezirk Köln die Arbeit heute morgen verabredungsgemäß im allgemeinen wieder aufgenommen worden.

Die Lage im Eisenbahnverkehr

Die Verhandlungen des Reichsverkehrsministeriums mit den Vertretern der Organisationen hatten am Sonnabend zwar zu einer Verständigung geführt, damit war aber der Streik noch nicht beendet. Erst mußten die Funktionäre des Verbandes zu der neuen Lage Stellung nehmen und darüber beschließen, ob auf Grund der Vereinbarungen die Arbeit wieder auszunehmen sei. Das ist gestern geschehen. Im Laufe des heutigen und des morgigen Tages dürfte der Verkehr wieder seine normalen Formen annehmen, soweit der Berliner Direktionsbezirk in Frage kommt.

Die Stadtbahn verkehrte am Sonntag und auch heute noch nur in längeren Abständen, die Ringbahn mußte Sonntagabend ihren Verkehr gänzlich einstellen. Der Fernverkehr hatte mit großen Unregelmäßigkeiten zu kämpfen, der Güterverkehr lag völlig brach. Die „Berliner Montagspost“, die ein demokratisches Organ sein will, bringt heute eine wüste Schimpferei über „linksradikale Wählerzeilen“, die die sofortige Wiederaufnahme des Verkehrs nach der Verständigung im Reichsverkehrsministerium verhindert hätte. Dabei muß das Blatt mitteilen, daß selbst die „Rote Fahne“ die Eisenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert hat, wenn sie auch bei dieser Gelegenheit wieder einiges über den „Verrat der Führer“ zusammenschwätzt. Wenn die „Montagspost“ nur eine Ahnung von gewerkschaftlicher Bewegung haben würde, so hätte sie wissen müssen, daß sich die Wiederaufnahme des Verkehrs nicht über Nacht vollziehen kann. Es lag dem Blatt wahrscheinlich aber in der Hauptsache daran, die Arbeiterbewegung, diesmal im besonderen die Eisenbahner, beim Publikum anzuschwärzen. Selbst der „Berliner Lokalanzeiger“, dem man Arbeiterfreundlichkeit gewiß nicht nachsagen kann, hat sich in seiner heutigen Montagausgabe veranlaßt gesehen, ein objektiveres Bild der Lage zu geben.

wegung haben würde, so hätte sie wissen müssen, daß sich die Wiederaufnahme des Verkehrs nicht über Nacht vollziehen kann. Es lag dem Blatt wahrscheinlich aber in der Hauptsache daran, die Arbeiterbewegung, diesmal im besonderen die Eisenbahner, beim Publikum anzuschwärzen. Selbst der „Berliner Lokalanzeiger“, dem man Arbeiterfreundlichkeit gewiß nicht nachsagen kann, hat sich in seiner heutigen Montagausgabe veranlaßt gesehen, ein objektiveres Bild der Lage zu geben.

Stellungnahme des Berliner Postpersonals

Im Anschluß an den Streik der Eisenbahner tagten Sonnabend die Funktionäre und Betriebsräte der dem deutschen Verkehrsband angeschlossenen Post-, Telegraphen- und Fernsprechanstalten. Von der berichtete über das Ergebnis der bisherigen Lohnbewegung und über die Stellungnahme zu dem Eisenbahnerstreik. Er teilte mit, daß der Reichsfinanzminister sich bereit erklärt habe, am Donnerstag über die Lohnforderungen mit den Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln und es sei eine Verständigung zu erwarten. Er schlug deshalb vor, von einer endgültigen Beschlußfassung abzusehen und über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Eisenbahnern bis Montag zu warten. Aus der Versammlung wurde der Vorschlag gemacht, eine sofortige Streiterklärung zu erlassen. Nach einer längeren Diskussion wurde jedoch dieser Vorschlag abgelehnt. Heute abend nehmen die Funktionäre in einer Versammlung endgültig Stellung zu dieser Frage.

Die Befoldungsaktion der Beamten

Vor einigen Tagen ließ die Regierung der Presse mitteilen, daß sie grundsätzlich zu Verhandlungen mit den Organisationen der Beamten und Arbeiter bereit gewesen sei, jedoch nicht auf der Grundlage der von ihnen aufgestellten Forderungen; sie erwarte geeignete Vorschläge, über die dann verhandelt werden könne. Der Deutsche Beamtenbund macht nun darauf aufmerksam, daß in der Antwort des Reichsfinanzministeriums auf die Eingabe der Spitzenorganisationen vom 3. Dezember von dem Reichsfinanzminister erklärt worden ist, daß er von sich aus „rechtzeitig die als möglich und angemessen erscheinenden Vorschläge machen“ werde und hierüber mit den Spitzenverbänden in Verbindung treten werde. Wenn also nach der Veröffentlichung in der Tagespresse die Regierung bereit gewesen wäre, die Verhandlungen sofort anzunehmen, falls sich die Forderungen im Rahmen einer Gesamtauswirkung von etwa 8 bis 10 Milliarden Mark bewegt hätten, so stand der Verwirklichung dieser Absicht nichts entgegen. Der Deutsche Beamtenbund trägt jedenfalls an der Verzögerung keine Schuld.

Ein Jahr sozialistischer Politik

Vor einigen Tagen haben wir über die Tätigkeit des sächsischen Arbeitsministeriums berichtet. Heute gehen wir unserem Bericht weiter zu einer Darstellung der Verhältnisse im Reich des Jahres 1921 zu.

Am 11. Dezember d. J. war es ein Jahr, daß die Unabhängige Partei in Sachsen mit den Rechtssozialisten eine Koalitionsregierung bildete. Trotz der Einigung der Länderpolitik durch die Reichsverfassung und der Reaktion im Reich ist es gelungen, sie gegen den Willen des bürgerlichen Blocks zu erhalten, bescheidene Fortschritte zu machen und das Vertrauen der Arbeiterklasse in sie zu festigen. Die Politik des Innenministers, Genossen Lipinski, kann wie folgt gekennzeichnet werden:

Die Politik des Ministeriums des Innern war auf die Festigung der demokratischen Staatsverfassung eingestellt. Vornehmste Aufgabe war es, die Verfassung der Gemeinden in Einklang mit der Staatsverfassung zu bringen, d. h. an Stelle des noch bestehenden autokratischen Prinzips auch in der Gemeinde das demokratische Prinzip durchzuführen. Diese Aufgabe soll die Gemeindereform lösen. Der ihr anfänglich entgegengegesetzte Widerstand wurde überwunden. Es ist zu hoffen, daß spätestens im Februar der Entwurf an den Landtag gehen wird. Die Tendenz des Entwurfs ist, in einem Gesetz die Selbstverwaltung der Gemeinden soweit auszudehnen, als es die Erhaltung des geschlossenen Staats zuläßt.

Das Einkammersystem ist durchgeführt. Durch Bildung von Gesamtgemeinden soll die untere Verwaltungsbehörde auf der Grundlage der Selbstverwaltung neu aufgebaut werden, wodurch die Amtshauptmannschaften überflüssig werden oder der Bezirksverband kommunalisiert werden kann. Die Beamtenlaufbahn muß allen geöffnet werden, insbesondere der Arbeiterklasse, als zuverlässigste Stütze der demokratischen Verwaltung. Leider ist es nur im bescheidenen Umfange möglich gewesen, dieses Ziel zu erreichen und dieses hat auch noch den Widerstand eines Teiles der Beamtenschaft hervorgerufen.

Die soziale Lage der Beamten und Ruhestandler zu verbessern, war das ernste Streben des Ministeriums des Innern. Ein Quell vielen Bedrusses ist dadurch verstopft worden, daß nunmehr die Befoldung, das Ruhegehalt und Witwengeld einheitlich für Reichs- und Staatsbeamte durchgeführt worden ist. Durch das Gesetz über die Dienstbezüge der Gemeindebeamten ist versucht worden, die Einheitlichkeit des Beamten- und Ruhelohnes auf die Gemeindebeamten zu übertragen. Auf das Reich ist mit Nachdruck eingewirkt worden, daß das in Artikel 128 der Reichsverfassung vorgesehene neue Beamtenrecht vorbereitet wird. Die Landesregierungen sind ersucht worden, dieses Streben zu unterstützen.

Die Sicherheit des Landes wird stark durch den Beschäftigungsgrad in der Industrie beeinflusst. Die allgemeine wirtschaftliche Erstarung und die Verringerung der Zahl der Erwerbslosen hat zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen. Das Ministerium des Innern hat durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten in den durch die Arbeitslosigkeit stark heimgesuchten Gemeinden den Grad der Beschäftigung gehoben. Den Versuchen, durch Putz- und Geheimorganisationen die demokratische Verfassung des Staates zu gefährden, ist entschiedener Widerstand entgegengekehrt worden. Geheimorganisationen sind ermittelt und aufgelöst worden. Jeder Versuch der Fortsetzung wird überwacht. So wurde Sachsen vor jeder ernstesten inneren Erschütterung bewahrt. Die freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist in vollem Umfange gewährleistet.

Eine Reihe kleiner polizeilicher Maßnahmen früherer Zeit sind beseitigt worden. Wegen der Bevölkerungsdichtigkeit und der großen Wohnungsnot in Sachsen ist die Einschränkung des Fremdenzustroms notwendig. Die Zwangsmassnahmen sind aber frei von Rassenrücksichten durchgeführt worden. Die Einbürgerung Staatenfremder war früher stark antisemitisch und arbeiterfeindlich eingestellt. Sie darf fortan nur nach sachlichen Erwägungen erfolgen.

Die Umstellung der Landespolizei aus militärischen Formationen in solche zu Polizeizwecken ist im Gange. Die völlige Umstellung wird erst nach Abschließung des Etats für 1922 möglich sein, nach dem die örtliche Sicherheitspolizei der sechs großen Städte auf den Staat übernommen werden soll.

Den Gemeinden hat das Ministerium die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Durch die Umstellung der Finanzverwaltung und der dadurch bedingten verzögerten Erhebung der Einkommensteuer sind eine Reihe Gemeinden in Not geraten. Das Ministerium hat versucht, durch Schaffung des Ausgleichs fonds und durch die Eröffnung eines 100-Millionen-Kredits die Notlage der Gemeinden zu mildern.

Die Wohnungsnot ist in Sachsen bei seiner dichten Bevölkerung außerordentlich groß. Die Beschaffung neuer

Die Vorschläge für Cannes

Das Ergebnis der Wirtschaftskonferenz von Paris

Die Agentur Havas veröffentlicht folgende Mitteilung: Die industriellen und finanziellen Delegierten Frankreichs, Englands, Italiens, Japans und Belgiens haben unter dem Vorsitz des Ministers Loucheur mehrere Sitzungen am Mai d'Orsay abgehalten. Die Beratungen haben zur Abfassung eines Planes geführt, der dem Obersten Rat von Cannes vorgelegt werden wird. Eine Persönlichkeit aus der Umgebung des Ministers Loucheur hat dem diplomatischen Vertreter von Havas folgende Erklärung über die Konferenz abgegeben:

Die Delegierten der alliierten Staaten haben sich keineswegs mit der Frage der Reparation beschäftigt, noch weniger haben sie die Probleme behandelt, die von der internationalen Wirtschaftskonferenz erörtert werden sollen, über deren Einberufung der Oberste Rat in Cannes auf Vorschlag der britischen und französischen Regierung zu entscheiden hat. Bis jetzt sei übrigens noch keine Macht, insbesondere weder Deutschland noch Rußland, zu dieser künftigen Konferenz eingeladen worden. Die Industrie- und Finanzdelegierten hätten die Notwendigkeit einer internationalen Aktion ins Auge gefaßt, um das Wirtschaftsregime in Europa zu verbessern. Sie hätten sich von der Solidarität überzeugt, die in dieser Beziehung die verschiedenen Staaten miteinander verbindet. Das sei eine französische These, die seit zwei Jahren von Frankreich verteidigt werde, und die heute allgemein anerkannt würde. Die Handelskrise, die in Europa infolge des Krieges herrsche, sei wesentlich verflärkt worden durch das Verhalten des russischen Marktes. Andere Staaten hätten ihren Wechselkurs in verhängnisvoller Weise sinken lassen; ihnen müsse man zu Hilfe kommen. Es sei aber unerlässlich, von diesen Ländern formelle Garantien zu erhalten, um den Resten des Privatbesitzes im Freihandelsverkehr und die Schaffung einer legalen Währung zu erlangen. Alle diese Bedingungen seien in einer einstimmig von der Wirtschaftskonferenz angenommenen Erklärung formuliert. Ein internationales Konsortium mit französischem und englischem Kapital unter der Mitwirkung von Amerika und Deutschland werde gebildet. Auch die Beteiligung von Italien und Japan, wenn auch in geringem Maße, sei hierfür gesichert. Es sei auch mit der Beteiligung von Belgien und Holland zu rechnen. Zu bestimmen bleibe noch die Währung, in der die Emission des internationalen Konsortiums erfolgen soll. Diese Frage werde noch von Finanzsachverständigen geprüft und sicher in einigen Tagen geregelt. Der vollständige Plan für das internationale Unternehmen werde alsdann dem Obersten Rat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Einladungen für Cannes

M. Paris, 2. Januar.

Die französische Regierung hat nunmehr die offiziellen Einladungen zur Konferenz in Cannes erlassen. Eingeladen wurden die englische, amerikanische, italienische, belgische und japanische Regierung. Die mutmaßliche Tagesordnung sieht vor: 1. Die Reparationsfrage, 2. die Einführung einer internationalen Wirtschaftskonferenz, auf der auch die Neutralen vertreten sein sollen.

Ein Bombenattentat

Dinslaken, 1. Januar.

In der Silvesternacht kurz nach 12 Uhr warf auf dem dichtbesetzten Marktplatz vor der Kirche, von der aus Choräle herabgeblasen wurden, ein junger, etwa 22 Jahre alter Mensch, dessen Personalien noch nicht festgestellt sind, eine selbstgefertigte Bombe, in der sich Dynamit, Kupferstübe, Glas und Eisenstücke befanden, in die Menge. Nach den bisherigen Feststellungen wurden mindestens 50 Personen, darunter 20 schwer, verletzt; 11 Personen befinden sich zur Zeit noch im Krankenhause.

Der Anschlag soll, wie W. L. B. meldet, scheinend gegen Schulkleute gerichtet gewesen sein, da sich in nächster Nähe der Explosionsstelle mehrere Schulkleute befanden. Eine Reihe von Personen, die der Mittäterschaft verdächtig sind, wurden verhaftet.

Immer neue Waffenfunde

Der „Welt am Montag“ wird aus Schlesien geschrieben:

Vor etwa sechs Monaten stellten Arbeiter der Herrschaft Ranze einen Waffentransport auf ihrem Gut in Ranze fest, und sorgten für Festnahme der Führer und Bergung der Waffen und Munition. Den nächsten Tag gelang es den Führern mit Hilfe eines Polizeibeamten und einiger deutsch-nationaler Herren, die Wache zu entwandern, und zu verschwinden. Man hat nie wieder etwas davon gehört, außer daß das Bürgerum den rührigen Arbeiter das Leben schwer macht. Vor 14 Tagen sind im Walde derselben Herrschaft 165 Zentner Handgranaten und einige Minen gefunden und beschlagnahmt worden. Ein an die Regierung gerichtetes Telegramm brauchte vier Tage, ehe es an seinen Bestimmungsort kam. Inzwischen war der größte Teil der Waffen gestohlen. Wenn das so weiter geht, daß solche Waffenfunde ungeführt bleiben, dann wird auch die letzte Stütze der Republik müde werden und sagen: es nützt ja doch alles nichts!

Schleimhauterkrankungen dem Jungen Jahr gefahren... Schmelegemutter haben dem Jungen Jahr gefahren... Schmelegemutter haben dem Jungen Jahr gefahren...

Die Telephon-Ruh

Früher bestand die Bestimmung, daß ein Fernsprechteilnehmer, der seinen Anruf einem Dritten für Gespräche überläßt, sich dafür keine höheren Beiträge erstatten lassen dürfe...

Die Ladendiebstahnen vom Kurfürstendam

Zu der Verhaftung der Frau Köber und ihres Anhangs wird noch gemeldet: Die beiden Töchter der Frau Köber sind im Jahre 1916, als sie noch unverheiratet waren, bereits von der Kriminalpolizei festgenommen und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden...

Wegen Inventuraufnahme bleibt die Buchhandlung 'Freiheit' morgen, den 3. Januar, geschlossen.

Ein sechsjähriger Knabe als Lebensretter. Der 54 Jahre alte Steinruder 3. rangierte sich in seiner Wohnung in der Schönhauser Allee im Toilettenraum an einem Haken.

Der Raubmord in der Nussallee. Wir uns mitgeteilt wird, verfolgt die Kriminalpolizei bereits bestimmte Spuren zu deren Weiterverfolgung ist es dringend erforderlich, daß sich alle Personen melden, die in der Zeit nach Weihnachten Zwanzigdollarnoten gekauft oder den Verkauf dieser Scheine beobachtet haben.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Mit und zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe mit westlichen Regenfällen und starken westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Hilfe, was helfen kann

Die Angestellten haben sich davon überzeugt, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nicht imstande ist, diejenigen Versprechungen zu erfüllen, die sie gemacht hat, als sie 1913 ins Leben trat.

Diejenigen Angestelltenorganisationen, die noch für die Sonderversicherung sind, müssen zu den unglaublichen Lügen greifen, um ihre Anhänger bei der Stange zu halten.

„In Wirklichkeit wäre die Beseitigung der Angestelltenversicherung der schamloseste und ungeheuerlichste Vermögensraub, der jemals dagewesen ist. Denn die rund 2 Millionen versicherten Angestellten haben nicht in jahrelanger gewissenhafter Beitragsleistung eine und eine halbe Milliarde Mark Spargeld für sich und ihre Angehörigen angesammelt, damit diese Summe unter 15 Millionen gewerblicher Arbeiter verteilt wird.“

Die Angestellten haben tatsächlich über 1 1/2 Milliarden Mark in die Angestelltenversicherung eingahlen müssen.

Tuherdem aber denkt natürlich niemand daran, die von den Angestellten gezahlten Versicherungsbeiträge auf die Arbeiter zu verteilen. Bei einer Vereinheitlichung der Angestelltenversicherung mit der allgemeinen Invalidentversicherung würden natürlich den Angestellten diejenigen Beiträge sichergestellt werden, die sie in die Angestelltenversicherung eingezahlt haben.

Betriebsräteschule!

Das Unterrichtsverzeichnis der freigewerkschaftlichen Betriebsrätzentrale erscheint in den ersten Januartagen aus dem Druck. Es enthält diesmal 55 Kurse, die sowohl der allgemeinen Einführung dienen, als auch die Kenntnisse des Arbeitsrechts, der Betriebswirtschaft und der Volkswirtschaft vermitteln.

Unterrichtsverzeichnisse und Hörerarten sind erhältlich: 1. im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätzentrale, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1 Tr., 2. bei dem Gruppenrat jeder einzelnen Industrie, 3. bei den Gewerkschaften und AFA-Verbänden.

Betriebsrät! Betriebsobstent! Holt euch (ab 6. 1. 22) die Hörerarten für die Kurse von den Gruppenräten und vertreibt sie in den einzelnen Betrieben. Als Träger der Betriebsrätbewegung liegt auf euch die Verantwortung, die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Berlins auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Schulung und Bildungsarbeit hinzuweisen!

Arbeiter! Angestellte! Nicht nur für die Betriebsräte, sondern für euch alle ist Wirtschaftsschulung das Gebot der Stunde. Besucht die Kurse der Betriebsräteschule!

Betriebsräteschule der freigewerkschaftlichen Betriebsrätzentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Zum Streit der Berliner Mühlenarbeiter

In einer am Sonnabend früh stattgefundenen Versammlung der Streikenden berichteten die Funktionäre über den Stand der Lohnbewegung. Die Arbeitsniederlegung ist restlos ausgeführt worden.

der Ansicht einzelner Arbeitgeber gehen, daß Arbeiten ausgeführt werden sollen, die die Streikenden als Notstandsarbeit nicht ansehen und deshalb ablehnen, dieselbe zur Ausführung zu bringen.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung

Die freien Gewerkschaften (AFA-Bund) an der Spitze

Die bisher bekanntgewordenen Wahlergebnisse lassen bereits erkennen, daß die Angestellten in ihrer Mehrzahl in Zukunft eine vernünftigere Organisation des sozialen Versicherungswesens als bisher haben wollen.

Table with 4 columns: Es erzielten in, AFA-Bund, Deutscher Handlungsgehilfenverband, Gewerkschaftsbund der Angestellten. Rows: Hamburg (4470, 2708, 2216), Bremen (1479, 956, 837), Bremerhaven (160, 22, 61), Meerane (2, 1, -).

Der bürgerlichen Angestelltenbewegung werden alle ihre Bemühungen, den letzten Rest von Standesbünkel bei den Angestellten noch einmal zu wachen, nicht dazu verhelfen, das offene und fundige Verlangen der Angestelltenversicherung den Angestellten schmackhaft machen zu können.

U.S.P.D. Eisenbahner. Die heute anberaumte Sitzung des Verbandsausschusses der U.S.P.D.-Eisenbahner findet wie bekannt statt.

Arbeitslosigkeit in aller Welt. Nach den Berichten des kanadischen Arbeitsamtes hatten 1615 Gewerkschaften mit 188 373 Mitgliedern Anfang Oktober 15 530 Arbeitslose. Danach betrug die Arbeitslosigkeit 8,5 v. H. gegen 8,7 v. H. im Vormonat und 3,3 v. H. im gleichen Monat 1920.

Parteiveranstaltungen

Montag, 2. Januar

3. Verwaltungsbereich (Reinholdstraße, Engel, Wittenau). Abends 6 1/2 Uhr im Saal des Reinholdstr. Rathhauses, Hauptstr. 38, Sitzung der Fraktion, hierzu die Obleute der Kommunalen Kommission.

Bereinskalender

Mittwoch, 4. Januar

Buchhändler, Betriebsräte der reinen Buchhändler, Nachm. 4 1/2 Uhr Saal bei Schirn, Charlottenstr. 6, eine wichtige Sitzung hat, zu der auch Ortsleitung unbedingt notwendig ist. Die Branchendelegation.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Sieblich, Berlin-Triebensee für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: E. Kupper, Berlin für den Interimsteil und politische Mitteilungen: Ludwig Kommer, Berlin. Verlagsgemeinschaft 'Freiheit', c. g. m. b. H., Berlin. Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Die Buchhandlung 'Freiheit'

Berlin C 2, Breite Straße 8/9

bleibt morgen, Dienstag, den 3. Januar 1922 wegen Inventur geschlossen

Theater u. Vergnügungen

Theater u. Vergnügungen section containing various theater listings such as 'Volksbühne', 'Deutsches Theater', 'Komische Oper', 'Wagner-Theater', 'Spitzenkönigin', 'Theater des Ostens', 'Casino-Theater', and 'Der Weg zum Glück'.

Theater am Rotenborplatz

Theater am Rotenborplatz section featuring 'Die Ehe im Kreise', 'Jung muß man sein', 'Die Fahrt ins Blaue', 'Karussell', 'Prinzessin Olala', and 'Die große Aufführung'.

Residenz-Kasino

Residenz-Kasino section advertising 'Das Paradies der Witwenhälle', 'Circus Busch', 'Neo Circus-Sensationen u.a.', 'Harnröhren-Leidende', and 'Harnröhren-Leidende'.

Trauringe section advertising 'Dukaten-Gold 900 gest.', 'Trauringe billig', 'Trauringfabrik Minoga', and 'Metallhandarbeit'.

Der kleine Samariter section advertising 'Selbsthilfe bei trichterförmigen Nerven', 'Beratungsmoßregeln', and 'Der kleine Samariter'.

Taschen-Kalender 1922 section advertising 'Soeben erschienen!', 'USPD Taschen-Kalender 1922', and 'Aus dem Inhalt: Ausgaben der Betriebsvertretungen'.

Die Sozialistische Genossenschaft section advertising 'Salbmonatschrift', 'Sozialistische Genossenschaft', and 'Die Sozialistische Genossenschaft'.

Kleine Anzeigen section containing various advertisements for 'Verkäufe', 'Fahrräder', 'Kaufgesuche', 'Geld-Bereit', and 'Möbel'.